

# Mit E-Government in die Zukunft

Wir sind auf gutem Weg zu einer modernen Verwaltung. Im Rahmen von E-Government werden Prozesse neu definiert, schweizweite Standards erarbeitet und übergreifende Infrastrukturen für eine effizientere Zusammenarbeit entwickelt. Stephan Röthlisberger



**Stephan Röthlisberger**  
ist Leiter der Geschäftsstelle E-Government Schweiz  
stephan.roethlisberger@isb.admin.ch

Im Zeitalter von Google, Facebook und Twitter befindet sich in der Schweiz auch E-Government in «Aufbruchstimmung». Es gilt, sich für die Zukunft vorzubereiten und die Prozesse in der Verwaltung auf die zukünftigen Ansprüche der Bürger und der Wirtschaft auszurichten. Der Umbau zu einer modernen Verwaltung geht unweigerlich einher mit dem zielgerichteten Einsatz der Informationstechnologie. Die Verwaltungen aller föderalen Stufen haben die Zeichen der Zeit erkannt und richten sich an der nationalen E-Government-Strategie Schweiz aus.

Viele Kantone und Gemeinden haben ihre Ziele bereits abgestimmt auf die E-Government-Strategie, die 2007 vom Bundesrat verabschiedet worden ist. Mit der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz, die der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) unterzeichnet haben, ist zudem der gemeinsame Weg zur Umsetzung der E-Government-Strategie festgelegt worden.

## Modernisieren der Verwaltung

E-Government bedeutet mehr als nur die «Elektronifizierung» des Bestehenden. Es bedingt auch eine Modernisierung unserer Verwaltung durch effizientere Prozesse und neue Modelle der Zusammenarbeit. Dadurch lassen sich in der Verwaltung nicht nur Kosten optimieren, sondern die steigende Komplexität der Verwaltungsaufgaben kann auch in Zukunft mit der nötigen Qualität bewältigt werden. Ziel ist es, Arbeitsschritte, die reine Routinearbeiten sind und keine individuelle Bearbeitung erfordern, zu erkennen und als separate Teilprozesse zu definieren.

Diese können ausgelagert, respektive mit analogen Teilprozessen unterschiedlichster Fachbereiche und über Verwaltungsgrenzen hinweg zusammengefasst werden. Damit

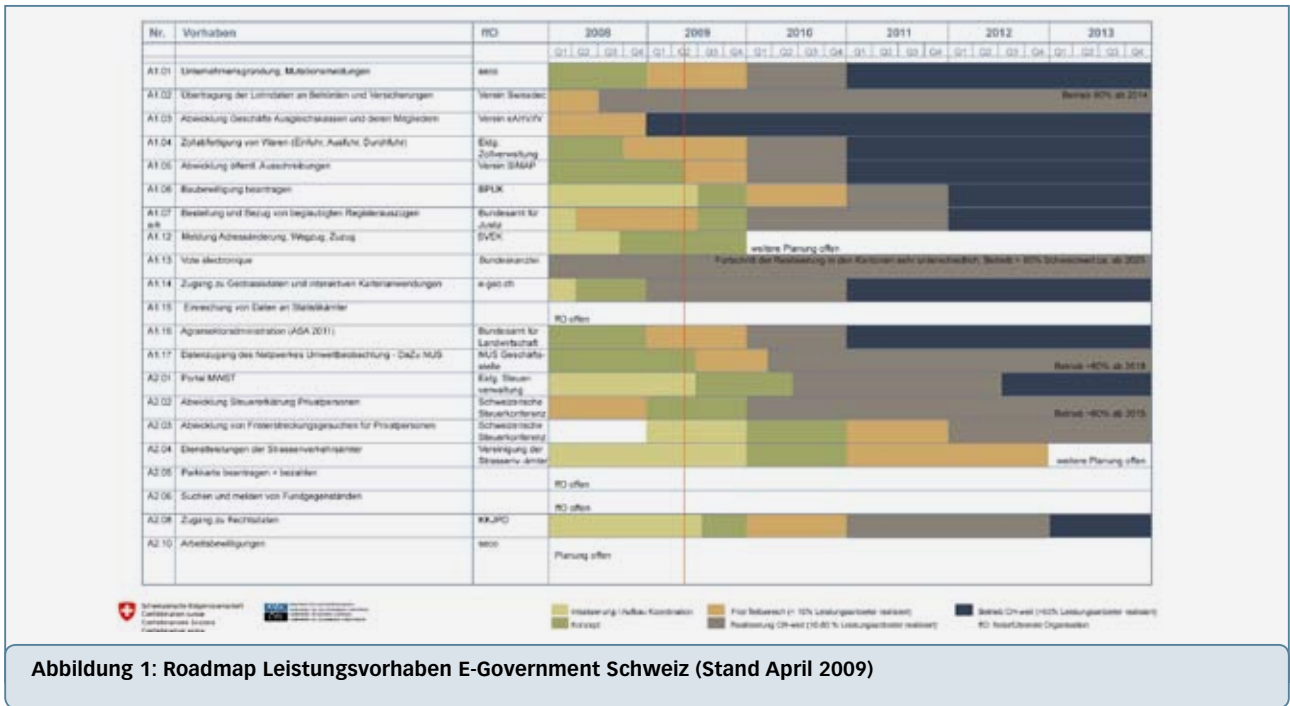


Abbildung 1: Roadmap Leistungsvorhaben E-Government Schweiz (Stand April 2009)

wird in den Fachbereichen Kapazität frei für diejenigen Prozessschritte, bei denen das fachliche Wissen nötig und die individuelle Betreuung gewünscht ist.

**Schweizweite E-Government-Standards**

Für die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz ist eine noch intensivere kantonsübergreifende und fachübergreifende Zusammenarbeit nötig. Gerade in der heutigen finanziellen Situation ist es erforderlich, individuelle Eigenheiten zugunsten eines besseren Gesamtsystems einzuschränken. Dies ist kein Angriff auf den Föderalismus. Es gibt jedoch Bereiche, in denen es sinnlos ist, unterschiedliche Definitionen zu formulieren. Standardi-

sierungen für Prozesse und Daten müssen gemeinsam vorangetrieben werden. Mit den im Verein eCH erarbeiteten schweizweiten Standards entsteht für alle Beteiligten ein grosser Nutzen, ohne dass damit der inhaltliche Spielraum und die fachliche Entscheidungskompetenz der individuellen Verwaltungseinheiten eingebüsst werden. In diesem Sinne wird der Föderalismus in keiner Weise eingeschränkt.

Die Qualität eines Standards ist an der Umsetzbarkeit und dessen Verbreitung zu messen. Eine durchgehende Verwendung eines Standards bedingt, dass der Standard die Bedürfnisse möglichst vieler Nutzergruppen abdeckt. Dies kann am besten erreicht werden, indem die Nutzer bei der

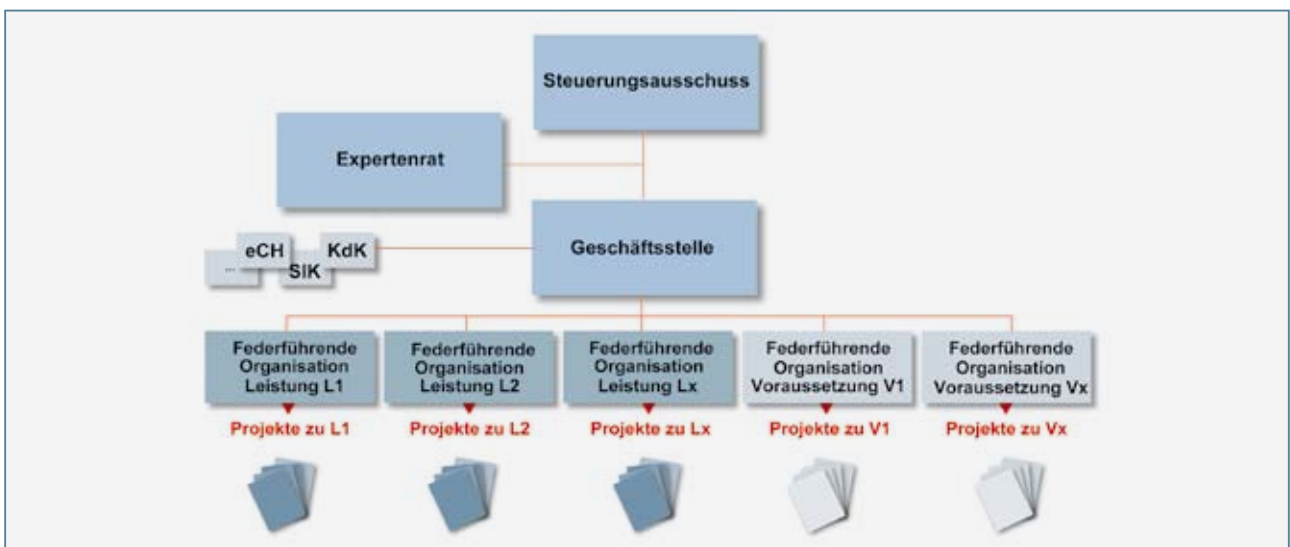


Abbildung 2: Organisation E-Government Schweiz

Definition des Standards von Anfang an mitarbeiten. Eine Zusammenarbeit aller föderalen Stufen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie in der Schweiz ist deshalb zentral. Zudem ist sowohl das Fachwissen der Bundesämter, der Kantone und Gemeinden wie auch der entsprechenden Softwarepartner erforderlich. Die gemeinsam erarbeiteten Standards erlangen dadurch eine hohe Akzeptanz.

### **Bottom-up für E-Government in der Schweiz**

In der Schweiz ist für die Umsetzung von E-Government der föderale Ansatz gewählt und der Fokus auf priorisierte Vorhaben gelegt worden. Die Federführung bei der Umsetzung dieser ausgewählten Vorhaben wird Organisationen übertragen, die fachlich und organisatorisch in den entsprechenden Themen über ein breites Fachwissen verfügen und als Themenleader im weiteren Umfeld des Vorhabens akzeptiert werden. Damit ist gewährleistet, dass die bereits vorhandenen Erfahrungen der Fachstellen, die die Bedürfnisse ihrer «Kundengruppen» bestens kennen, genutzt werden. Schliesslich sollen nicht nur schöne Konzepte und tolle Lösungen entstehen, sondern Lösungen mit Bodenhaftung. Dieser Bottom-up-Ansatz ist optimal auf die Struktur der föderalen Schweiz abgestimmt.

### **Zentrale Koordination**

Um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, braucht es dennoch eine starke Koordination. Mit der nationalen E-Government-Strategie Schweiz wurde eine über alle föderalen Stufen akzeptierte und mitgetragene Organisation und damit auch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz geschaffen. Diese unterstützt die Akteure bei der Umsetzung ihrer individuellen E-Government-Anliegen und koordiniert die Aktivitäten nach Bedarf. Die Zusammenarbeit zeigt erste Erfolge und die Chancen stehen gut, die ehrgeizigen Ziele zu erreichen. In den meisten prioritären Vorhaben sind grosse Fortschritte erzielt worden, einige davon gehen bereits in den Betrieb über.

Es gibt dennoch Hürden, die es zu nehmen gilt. So sind diverse Voraussetzungsvorhaben, wie zum Beispiel Standardisierungen im Bereich von Personendaten, Lohndaten und Prozessmanagement, zu realisieren beziehungsweise weiterzuentwickeln und in der Praxis zum Durchbruch zu bringen. Infrastrukturen wie der sichere elektronische Datenaustausch, Behördenverzeichnisse, Identifikations-, Berechtigungsverwaltung und Langzeitarchivierungen sind auf beziehungsweise auszubauen und deren Betrieb sicherzustellen.

Auch dem Datenschutz und der IT-Sicherheit bei der Bereitstellung von elektronischen Dienstleistungen durch die Verwaltung ist ein hoher Stellenwert beizumessen. Diese Herausforderungen verlangen zwar transparente, über alle Systeme durchgängige Konzepte, sollten aber zu bewältigen sein. Wird der zurzeit deutlich spürbare Schwung auch in den folgenden Jahren mitgenommen, wird die Schweizer Verwaltung auf die heute noch nicht bekannten Ansprüche der nächsten Generation, den sogenannten Digital Natives, gut vorbereitet sein. ■

### **Die E-Government-Strategie Schweiz**

E-Government hat zum Ziel, dass sowohl die Wirtschaft wie auch die Bevölkerung die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Die Behörden ihrerseits sollen ihre Geschäftsprozesse modernisieren und untereinander elektronisch verkehren. Um E-Government in der Schweiz voranzutreiben, haben Bund, Kantone und Gemeinden ihre gemeinsamen Ziele in der «E-Government-Strategie Schweiz» definiert. [www.egovernment.ch](http://www.egovernment.ch)